

Studie

## Vertraulichkeit 2.0

**[01.07.2011] Die digitale Spaltung der Gesellschaft kann die Umsetzung von E-Government-Strategien gefährden. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Vertraulichkeit und Transparenz 2.0“ im Auftrag der Deutschen Post. Behörden sollten daher auf hybride Kommunikationslösungen setzen.**

IT-Entscheider in Behörden auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene hat das Berliner Institut für Zukunftspolitik re:publik im Auftrag der Deutschen Post zu Herausforderungen und Hindernissen elektronischer Verwaltungskommunikation befragt. Demnach werden webbasierte Kommunikationsdienste im öffentlichen Sektor in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen. Allerdings kann das elektronische Kommunizieren nach Ansicht der Befragten auch dazu beitragen, die digitale Kluft innerhalb der Gesellschaft zu vertiefen. Dieser Gefahr müsse mit hybriden Lösungen begegnet werden, welche eine Koexistenz digitaler und analoger Medien zulassen. Ein weiterer zentraler Aspekt für den Erfolg von E-Government ist laut Studie die Einhaltung funktionierender Sicherheitsstandards: Das Thema Akzeptanz werde zur größten Herausforderung bei der Einführung von Online-Diensten jeglicher Art. Komfortable, gut bedienbare Sicherheitsangebote seien eine wichtige Voraussetzung, damit mehr Vertrauen ins Web aufgebaut wird. Ein Lösungsansatz liege in der Anwendung möglichst benutzerfreundlicher Technologien zur sicheren Kommunikation im Internet. Die Studie „Vertraulichkeit und Transparenz 2.0“ kann nach Angaben der Deutschen Post kostenlos bezogen werden.

(bs)

Die Studie zum Download (PDF, 860 KB)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Studie, digitale Spaltung, IT-Sicherheit, Deutsche Post